



Frankfurter Manifest

des AKIK-Bundesverband e.V.



Plädoyer für eine kinder- und familienfreundlichere Welt

Präambel

„Kinder sind unsere Zukunft“ – diese so häufig zitierte Aussage bekommt angesichts der derzeitigen Wirtschaftslage eine neue Bedeutung. Es sind tatsächlich unsere Kinder und Enkel, deren Zukunft akut und auf lange Sicht durch die aktuellen Maßnahmen der Regierung zur Rettung der Wirtschaft ganz enorm erschwert und belastet wird. Unser Gewissen und unser Verstand sollten uns daran erinnern, dass wir **jetzt** auf Kosten unserer Kinder unseren Wohlstand zu halten versuchen. In unserer Verantwortung liegt es, diese Kinder so wohlbehalten wie nur möglich aufwachsen zu lassen, um ihnen eine lebenswerte Zukunft zu ermöglichen. Nach Artikel 6 Grundgesetz sind hierfür in erster Linie die Eltern zuständig und in der Pflicht. Daher gebührt den Eltern unsere ganze Hilfe, Unterstützung und unser Respekt vor ihrer Leistung.

Elterliche Leistung wird vor allem dann unschätzbar, wenn ein Kind erkrankt. Die Eltern sind in einer prekären Ausnahmesituation und auf jegliche und uneingeschränkte Unterstützung angewiesen. Es ist daher einer zivilisierten Demokratie christlicher Prägung absolut unwürdig, ausgerechnet dann, wenn ein Kind und seine Familie am schwächsten, verletzlichsten und schutzbedürftigsten ist, strenge und ökonomisch orientierte Maßstäbe anzusetzen. Dies geschieht unter anderem in Form von:

- Zwang zur Wirtschaftlichkeit bis hin zur Bestandsgefährdung;
- dem ständigen Ringen um rechtlich zustehende, faktisch aber verwehrte oder hinausgezögerte Kassenleistungen bei Heil- und Hilfsmitteln;
- überzogene elterliche Zuzahlungen bei kindlichen Kur-Aufenthalten;
- und viele andere Unzumutbarkeiten.

Forderung

AKIK fordert ein völliges Umdenken zugunsten einer humanen Wertschätzung unserer Kinder. Hierfür bedarf es eines verantwortungsvollen Handelns aller Beteiligten.

Basierend auf den „11 AKIK-Forderungen an Politik und Gesellschaft“ mahnt AKIK daher an:

Sämtliche Gesundheitskosten für Kinder und Jugendliche sind aus dem Kostenblock der gesetzlichen Krankenversicherung herauszunehmen und ausschließlich aus Steueraufkommen zu finanzieren.

Als erster und elementarer Schritt sind umgehend sämtliche kindermedizinischen Einrichtungen aus der derzeit praktizierten Wirtschaftlichkeitsberechnung von stationären Behandlungseinrichtungen (Stichwort: DRGs/ Fallpauschalenregelung) heraus zu nehmen. Gleichzeitig muss eine wohnortnahe Grundversorgung gewährleistet werden bzw. bleiben. Weitere Schritte im vor- und nachstationären sowie im ambulanten Bereich müssen in enger Absprache mit Sach- und Erfahrungsexperten folgen.

AKIK wird entsprechend seiner langen Tradition seinen Einsatz für diese Forderung durch das persönliche Engagement seiner Mitglieder überzeugend darstellen und ruft alle Menschen, Organisationen, Verbände und Vereinigungen auf, die Unterstützung dieses Manifestes mit ihrer Unterschrift zu dokumentieren.

„Wann, wenn nicht jetzt? Wer, wenn nicht wir?“ J.F. Kennedy